



## Protokoll des Gemeinderates Dübendorf

vom 2. Oktober 2006

Blatt 51

---

### 3. Sitzung

Ort: Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ

Beginn: 19.00 Uhr

Vorsitz: Andreas Sturzenegger Ratspräsident  
(parteilos)

Protokoll: Toni Spitale Ratssekretär

Anwesend: Ratsmitglieder

Entschuldigt abwesend: Patric Crivelli (SVP)  
Patrick Mosimann (SVP)  
Guido Schwegler (SVP)  
Gaby Gossweiler (FDP)  
Martin Bäumle (Stadtrat / GEU)

Stimmenzähler: Matthias Maag Bereich rechts, FDP und  
Bürotisch  
Patrick Walder SVP (anstelle von P. Crivelli)  
Patrick Angele Bereich links

Weibeldienst: Stadtweibel-Stv. Jürg Stucki

**Geschäfte:**

1. Mitteilungen
  2. Protokoll der 2. Sitzung des Gemeinderates vom 3. Juli 2006
  3. Postulat Hans Baumann (SP) und 6 Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2006 betreffend Seilbahn Zoo  
(Gesch. Nr. 13 / 2006)
    - a) Begründung
    - b) Überweisung
  4. Dringliche Interpellation Patrick Angele (JUSO / SP) und 9 Mitunterzeichnende vom 3. Juli 2006 betreffend "privater Sicherheitsdienst" am Stägenbuck / Begründung  
(Gesch. Nr. 14 / 2006)
  5. Obere Mühle - Kultur in Dübendorf / Umwandlung des jährlichen Betriebsbeitrages von Fr. 250'000.-- in einen jährlich wiederkehrenden festen Betriebsbeitrag von Fr. 250'000.-- / Antrag zu Handen Urnenabstimmung  
(Gesch. Nr. 263 / 2006)
  6. Erste Fragestunde des Amtsjahres 2006 / 2007
  7. 20 Bürgerrechtsgesuche
- 

**1. Mitteilungen**

- Neueingang Ratsgeschäfte
  - 1 Postulat
  - 1 Dringliche Interpellation
  - 1 Schriftliche Anfrage
  - 5 Beantwortungen Schriftliche Anfragen
  - 6 Bürgerrechtsgesuche
- Postulat betr. Flusskraftwerk an der Glatt / Verlängerung Beantwortungsfrist

Das Büro des Gemeinderates hat an seiner Sitzung vom 11. September 2006 auf Gesuch des Stadtrates vom 4. August 2006 die Frist zur Beantwortung des

Postulates Thomas Maier (GEU) betreffend Flusskraftwerk an der Glatt bis zum 31. Oktober 2006 verlängert.

- Franz Farrèr / Berichterstattung

Mit Schreiben vom 31. August 2006 teilt Franz Farrèr mit, dass er aus Alters- und Gesundheitsgründen seine journalistische Tätigkeit aufgibt. Der Gemeinderat dankt ihm für die langjährige Berichterstattung und wünscht ihm sowie seiner Familie für die weitere Zukunft alles Gute.

- Andreas Sturzenegger / FDP - Fraktion

Mit Mail vom 12. September 2006 teilt Ruedi Herter (FDP) Folgendes mit:

"Nach dem Ausschluss von Andreas Sturzenegger aus der FDP Dübendorf stand während längerer Zeit die Frage seiner weiteren Zugehörigkeit zur FDP-Fraktion des Gemeinderates zur Diskussion.

Nachdem bezüglich dieser Frage aber kein Konsens erreicht werden konnte, teile ich Ihnen heute mit, dass die FDP Fraktion somit nur noch aus den vier Parteimitgliedern Gaby Gossweiler, Jürg Zimmermann, René Crivelli und Ruedi Herter besteht."

- Nächste Sitzung

Der Präsident Andreas Sturzenegger teilt mit, dass die November-Sitzung voraussichtlich ausfällt.

## **2. Protokoll**

Gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 3. Juli 2006 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit im Sinne von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

## **3. Postulat Hans Baumann (SP) und 6 Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2006 betreffend Seilbahn ZOO**

Der Erstunterzeichner begründet das Postulat:

Der Stadtrat habe sich verschiedentlich sehr kategorisch gegen das Seilbahnprojekt ausgesprochen und das Projekt zuletzt als „undiskutierbar“ und „unverhandelbar“ bezeichnet. Der Stadtrat müsse natürlich auch die Interessen der Bewohner von Stettbach vertreten, die von der Seilbahn direkt betroffen seien und deshalb das Projekt aus verständlichen Gründen bekämpfen würden. Aber es gebe sicher noch andere, übergeordnete Interessen, die berücksichtigt werden müssten, so Gemeinderat Baumann.

Bei der Seilbahn Zoo handle es sich zweifellos um ein umstrittenes Projekt. Die Seilbahn wäre aber auf der anderen Seite ein äusserst leistungsfähiges, öffentliches Transportmittel. Zudem sei der Bahnhof Stettbach der ideale Zubringer, um Zoobesucher aus dem Glattal, aus der Ostschweiz aber auch aus anderen Regionen (über den HB Zürich) zum Zoo zu führen. Mit der Glattalbahn würde sich diese Möglichkeit noch verbessern. Die Seilbahn einfach als eine weitere Freizeitattraktion abzutun, sei nicht korrekt. In den Bergregionen seien Seilbahnen längst als leistungsfähige, öffentliche Transportmittel zum Alltag geworden.

Eine bessere Erschliessung des Zoos mit dem öffentlichen Verkehr sei dringend nötig. Vor allem am Wochenende würden viele Leute aus der weiteren Region mit dem Auto anreisen (insgesamt rund 1.2 von 1.6 Mio. Besuchern). Dies verursache nicht nur ein Verkehrs- und Parkplatzchaos um den Zoo, sondern bringe auch Dübendorf und den anderen Glattalgemeinden zusätzliche Beeinträchtigungen durch den Autoverkehr, der von Osten und Norden zum Zoo anrolle.

Dabei müsse man sich bewusst sein, dass die Seilbahn auch neue Probleme schaffen würde. So zum Beispiel der Bedarf nach zusätzlichen Parkplätzen beim Bahnhof Stettbach oder zusätzlicher Suchverkehr in den anliegenden Quartieren. Ferner bestehe die Gefahr einer Übernutzung des Waldes und dem müsste man mit geeigneten Massnahmen entgegentreten. Man müsse aber auch sehen, dass jedes andere Verkehrsmittel und insbesondere der zunehmende Autoverkehr zum Zoo ungleich mehr Umweltprobleme schaffen würden als eine Seilbahn.

In einer solchen Situation genüge es nicht, einfach Nein zu sagen, ohne Alternativen aufzuzeigen. Die Postulanten befürworten demzufolge auch alle Möglichkeiten, die Erschliessung von der Stadt Zürich aus zu verbessern, zum Beispiel die Verlängerung der Dolderbahn aber insbesondere auch die Verlängerung der Tramlinien 5 und 6, für die jetzt eine Initiative lanciert worden sei. Es sei aber „völlig daneben“, so meint Gemeinderat Baumann weiter, die Erschliessung des Zoos als ein rein stadtzürcherisches Problem abzutun. Gerade viele auswärtige Besucher aus der weiteren Region Zürich und aus der Ostschweiz kämen mit dem Privatwagen. Deshalb sei es auch richtig, neue Erschliessungen über den Bahnhof Stettbach zu prüfen. Diese müssten aber selbstverständlich auch für die Dübendorfer Bevölkerung tragbar sein.

Im Moment gehe es erst um einen Richtplaneintrag für die Baulinie der Seilbahn und noch nicht um ein konkretes Projekt. Vom Zoo aus werde jetzt mit einer Petition Druck gemacht, damit die Seilbahn in den Richtplan aufgenommen werde. Im Kantonsrat habe die Aufnahme in den Richtplan gute Chancen.

„Wie soll sich jetzt die Stadt Dübendorf dazu stellen?“, fragt Gemeinderat Baumann. Natürlich könne man aus taktischen Gründen auf Totalverweigerung machen mit dem Hintergedanken, man könne dann immer noch über das Projekt verhandeln, wenn es so weit sei. Die Postulanten denken, dass es auch taktisch besser wäre, eine Position „Nein, wenn nicht folgende Forderungen erfüllt werden“ einzunehmen und dazu auch noch mögliche Alternativen aufzuzeigen.

Zur „Nein, wenn nicht...“-Position würde gehören, die wichtigsten flankierenden Massnahmen zu nennen und zu begründen, damit ein Projekt akzeptabel wäre.

Unter anderem keine weiteren Parkplätze in Stettbach, Massnahmen gegen Suchverkehr, optimaler Schutz der Stettbacher vor Immissionen, möglichst kleine Beeinträchtigung des Waldtobels usw. Zudem müsste die Stadt Dübendorf Alternativen zur Seilbahn aufzeigen, wie zum Beispiel einen Ausbau der Buslinie 751. Eine differenzierte Stellungnahme könnte in dieser Situation Chancen für die Lösung der Verkehrsprobleme zum Zoo eröffnen.

Die Postulanten ersuchen deshalb den Gemeinderat, dieses Postulat dem Stadtrat zu überweisen.

Stellungnahme des Stadtpräsidenten Lothar Ziörjen:

Es handle sich hierbei um ein privates Projekt. Die Meinungen und Stellungnahmen des Stadtrates seien gefragt und notwendig, aber der Stadtrat sei weder zuständig noch legitimiert die Planung für die „Privaten“ zu übernehmen. Im letzteren Fall würde dies zu Kostenfolgen für die Stadt Dübendorf führen – ein Planungskredit wäre nötig. Es bestehe der Eindruck, der Stadtrat habe das ganze Projekt nicht genau studiert, hält Stadtpräsident Ziörjen fest. Dem sei nicht so. Der Stadtrat habe sich das Vorprojekt sehr genau angeschaut, inklusive Begehung vor Ort. Der Stadtrat sei zum Schluss gekommen, dass kein Spielraum für die Realisierung bestehe. Der Stadtrat müsste aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse ein klares Signal setzen. Da sei „nichts verhandelbar“, so Ziörjen. Dem Vorprojekt sei auch ein Kapitel mit Massnahmen angegliedert – wie zum Beispiel der Bau eines Parkhauses beim Bahnhof Stettbach. Diese Massnahmen erachte der Stadtrat aber als „no-go“. Bereits vor 20 Jahren habe der damalige Souverän ein entsprechendes Projekt abgelehnt.

Im Namen des Stadtrates beantragt Ziörjen die Nicht-Überweisung des Postulats.

Orlando Wyss (SVP) verlangt das Wort und bringt folgende Äusserungen vor:

Der Zoo Zürich sei ein privater Verein, betont Gemeinderat Wyss, welcher nichts mit Dübendorf zu tun habe. Obwohl die Bevölkerung dieser Institution sehr wohlwollend gegenüberstehe, sei es nicht die Aufgabe der Stadt Dübendorf, die Verkehrs- und Parkplatzprobleme des Zoo Zürich zu lösen. Einzig Pläne des Zoos, welche das Gemeindegebiet von Dübendorf tangieren würden, hätten zu interessieren. Ein solches Projekt sei die geplante Seilbahn vom Bahnhof Stettbach zum Zoo Zürich.

Der Zoo Zürich wolle mit der Steigerung der Attraktivität die Besucherzahlen erhöhen. Beim Bau der Masoalahalle sei absehbar gewesen, dass die Parkplätze nicht ausreichen würden. Aus diesem Grund verfolge der Zoo Zürich mit der geplanten Seilbahn zwei Ziele: Erstens wolle er eine neue Attraktion schaffen, welche noch mehr Besucher anlocke. Der zweite Grund sei die Lösung des Parkplatzproblems des Zoos Zürich. Die gute Anbindung des Bahnhofs Stettbach an den öffentlichen Verkehr diene den Zoo-Verantwortlichen als vorgeschobenes Argument, an das sie sicher nicht einmal selber glaubten. Die Zoobesucher, vor allem diejenigen mit Kindern, Kinderwagen und Gepäck, würden überwiegend mit dem Privatwagen anreisen. Den Beweis hätten sie gleich selber erbracht, denn als sie über Ostern 2006 den Besuchern, welche mit der ÖV anreisten, eine zehnprozentige Ermässigung für

das Eintrittsbillet anbieten, nutzten von den 20'000 Besuchern gerade mal fünf Prozent dieses Angebot, zitiert Gemeinderat Wyss eine Besuchererhebung.

Sollte die Seilbahn gebaut werden, wäre der Bau eines Parkhauses beim Bahnhof Stettbach eine zwingende Notwendigkeit. Die bestehenden Park-and-Ride Parkplätze, welche auch ohne Seilbahn immer voll belegt seien, würden nie und nimmer ausreichen, glaubt Gemeinderat Wyss. Es sei aber bekannt, dass ein solches Parkhaus beim Bahnhof Stettbach nicht realisiert werden könne. Das interessiere die Zoo-Verantwortlichen natürlich nicht, denn für sie wäre das Problem nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“ gelöst. Für die Bevölkerung des Weilers Stettbach würde aber ein unhaltbarer Zustand entstehen. Nicht nur, dass sie vom Parkplatz-Suchverkehr belästigt würden und sich mit wild parkierenden Fahrzeugen auseinander setzen müssten. Eine Seilbahn würde auch eine unzumutbare Störung ihrer Intimsphäre mit sich bringen, befürchtet der Referent. Auch der Wertverlust der an die Seilbahn grenzenden Liegenschaften wäre enorm. Da Stettbach schon sehr stark unter den Südflügen zu leiden habe, würde dieses Projekt die Lebensqualität der Bewohner in einem Ausmass herabsetzen, welches der Gemeinderat nicht akzeptieren könne und dürfe. Eine Seilbahn in diesem Gebiet würde mit ihren Masten die Gegend verschandeln und den Naherholungsraum von Dübendorf und Zürich-Nord zerstören. Als Dübendorfer habe man die Pflicht, mit allen Mitteln gegen diese Seilbahn anzukämpfen.

Wenn die Postulanten aussagen würden, es gehe ja erst um einen Eintrag in den kantonalen Richtplan Verkehr, ist sich Gemeinderat Wyss nicht sicher, ob dies mit grenzenloser Naivität zu tun habe oder ob hier mehr dahinter stecke. Man müsse mit allen Mitteln verhindern, dass diese Seilbahn in den Kantonalen Richtplan komme. Denn wenn sie einmal drin sei, werde sie auch gebaut. Es bliebe nur noch eine Einsprache gegen die Baubewilligung, welche vielleicht eine Verzögerung, aber keine Verhinderung dieses Projektes bringen würde. Aus diesem Grund sei es äusserst wichtig, dass die Parteien von Dübendorf, welche Vertreter im Kantonrat haben, alles unternähmen, ihre kantonalen Parlamentarier dahingehend zu überzeugen, dass sie gegen die Eintragung in den Richtplan stimmen würden.

Der Stadtrat von Dübendorf habe zwar spät, vielleicht zu spät, sich eine Meinung zu diesem Seilbahnprojekt gebildet. Dies war auch der Grund für Gemeinderat Wyss' Anfrage bei der gemeinderätlichen Fragestunde im September 2004 gewesen. Dass der Stadtrat aber zu dem eindeutigen Schluss gekommen sei, dass die Seilbahn unter keinen Umständen gebaut werden dürfe und er auch nicht darüber verhandeln oder diskutieren wolle, sei sehr positiv zu werten.

Indem der Gemeinderat dieses Postulat nicht überweise, setze er ein starkes Zeichen, dass die Stadt Dübendorf das Seilbahnprojekt ablehne und auch nicht einen Gedanken darüber verschwende, für den Weiler Stettbach eine solche unzumutbare Situation auch nur ansatzweise in Betracht zu ziehen.

Gemeinderat Wyss bittet darum, das Postulat nicht zu überweisen.

Patrick Angele (JUSO / SP) zeigt sich damit einverstanden, dass es nicht an der Stadt Dübendorf liege, die Verkehrsprobleme zu lösen. Der Stadtrat stecke jetzt aber den Kopf in den Sand, denn der Verkehr komme sowieso. Gemeinderat Angele plädiert für Alternativ-Lösungen, wie zum Beispiel den Ausbau der Buslinie 751.

Thomas Maier (GEU) betont, dass seine Partei klar und vehement gegen jede Seilbahn von Stettbach zum Zoo sei. Der GEU-Sprecher nennt folgende Gründe:

- Landschaftlich verschandele eine Seilbahn ein wichtiges Naherholungsgebiet von Dübendorf und Zürich-Schwammendingen. Viele Menschen würden vor allem am Wochenende dort spazieren, wandern und biken gehen.
- Die Bahn würde mitten durch, respektive über eines der letzten Naturschutzgebiete in diesem Raum führen.
- Für die Menschen, welche im Weiler Stettbach leben, sei eine solche Bahn schlicht eine Zumutung.
- Es sei absolutes Wunschdenken zu meinen, die Benutzerinnen und Benutzer einer solchen Bahn kämen dann via öffentlichen Verkehr nach Stettbach. Im Gegenteil: die Meisten würden – trotz versprochenem Kombiticket – im persönlichen Personenwagen anreisen, ihre Abgase und Lärm überall in den umliegenden Quartieren bei der Suche nach einem Parkplatz verteilen. Möchte man den Suchverkehr eindämmen, bräuchte es ein grosses Parkhaus, was ja dem Hörensagen nach auch schon auf dem Tapet stehe. Das totale Verkehrschaos in Stettbach wäre perfekt.
- Alternativen zu dieser Seilbahn gebe es zahlreiche: die Verlängerung der Tramlinie. Diese sei schon seit Jahren versprochen. Der VCS habe sogar eine Einsprache gegen den Zoo zurückgezogen gegen das Versprechen die Verlängerung des Trams käme dann. Bis zum heutigen Tag, so bedauert Gemeinderat Maier, sei nichts passiert. Aber jetzt mache der VCS Zürich Dampf mit einer Volksinitiative. Auf Kantonsebene sei ja mittlerweile auch die SP für diese Verlängerung. Dazu gebe es den Bus 751, der auch sonntags noch Kapazitätsreserven aufweise.

Für die GEU sei vorliegendes Postulat eher eine Interpellation, welche die GEU aber trotzdem überwiesen werde, weil die GEU sie im obigen Sinne verstehe.

- Der Stadtrat soll die Gelegenheit ergreifen und sich wieder einmal klar und vehement gegen die Seilbahn zum Zoo äussern.
- Die GEU wolle wissen, wie die Verbindung 751 besser ausgebaut werden und als echte Alternative zum Tram dienen könne.
- Die GEU wolle wissen, wie sich der Stadtrat zur Verlängerung der Tramlinie stelle.
- Der Stadtrat soll sich vehement gegen einen Eintrag im kantonalen Richtplan wehren.

Die GEU stimmt der Überweisung zum Postulat zu – weil die GEU klar und vehement gegen das Zoobähnli ist und sich eine klare, vehemente Stellungnahme vom Stadtrat zu diesem Thema erhofft.

#### Abstimmung:

Das Postulat wird mit 14 Ja zu 20 Nein nicht an den Stadtrat überwiesen.

**4. Dringliche Interpellation Patrick Angele (JUSO / SP) und 9 Mitunterzeichnende vom 3. Juli 2006 betreffend privater Sicherheitsdienst am Stägenbuck / Begründung**

Der Erstunterzeichner begründet die Dringliche Interpellation:

Die Probleme mit Jugendlichen im Stägenbuck, so erklärt Gemeinderat Angele, würden mit einer privaten Sicherheitsfirma gelöst. Seines Erachtens würden Probleme aber nicht gelöst, sondern nur an andere Orte verlagert. Ferner glaubt Angele, dass eine private Sicherheitsfirma lange nicht so gut sei wie die öffentliche Hand. Weiter will der Interpellant vom Stadtrat wissen, wo dieser Lösungen in den Bereichen Jugendgewalt und Jugendarbeitslosigkeit sehe.

Der Interpellant bittet den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche private Sicherheitsfirma wird zur Überwachung des Schulgeländes Stägenbuck eingesetzt?
2. Welche Befugnisse wird diese haben?
3. In welcher Form sind die Angestellten der Firma ausgebildet worden?
4. Erachtet der Stadtrat den Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen zur Herstellung der öffentlichen Ordnung als angebracht?
5. Wird das staatliche Gewaltmonopol in Dübendorf somit Privaten anvertraut?
6. Wie verhindert der Stadtrat Willkür gegenüber betroffenen Jugendlichen?
7. Sieht der Stadtrat Alternativen zur Lösung des Problems (z.B. Aufsuchende Jugendarbeit)?
8. Wo stellt die Stadt Dübendorf Jugendlichen Raum zur Verfügung um sich zu treffen?

**5. Obere Mühle - Kultur in Dübendorf / Umwandlung des jährlichen Betriebsbeitrages von Fr. 250'000.-- in einen jährlich wiederkehrenden festen Betriebsbeitrag von Fr. 250'000.-- / Antrag an die Urnenabstimmung**

Rudolf Herter (FDP) als Referent der GRPK stellt das Geschäft vor:

Bei der Oberen Mühle bestehe eine beträchtliche Verschuldung. Das Ziel sei es, aus der Schuldenfalle herauszukommen. Seit 1991 leiste die Stadt Dübendorf einen Defizitbeitrag, welcher seit 1995 praktisch immer voll ausgeschöpft worden sei.

Herter stellt fest, dass die Personalkosten bedeutend höher seien als noch in den Anfangsjahren. Weiter zeigt er chronologisch auf, wie es zur Verschuldung kam:

- 2002: - doppelte Stellenbesetzung des Betriebsleiters.  
- Defizit aus „In Guitar“ von Franken 20'336.
- 2003: - Einsparungen von 10'000 Franken.  
- Defizitbeitrag der Stadt um 10'000 Franken gekürzt.
- 2004: - Verlust im Zusammenhang mit Beteiligung am Dorffest.

Die aktuellen Schulden betragen laut Gemeinderat Herter 36'000 Franken. Von der Stadt Dübendorf hat die Obere Mühle ein Darlehen in der Höhe von Franken 35'000 erhalten.

Antrag der GPK:

Die GPK erachtet den Antrag des Stadtrates als zweckmässig und richtig und beantragt demzufolge die Zustimmung.

Andrea Kuhn (CVP) will es nicht unterlassen, ein paar Bemerkungen anzubringen: Wenn die Mittel eng werden und man erfolgreich sein wolle, brauche es Ideen und Kreativität, aber vor allem auch effiziente und effektive Abläufe. Am Ersten fehle es bei der Oberen Mühle nicht. Ein Fragezeichen setzt die Votantin aber hinter die Effektivität der eingesetzten Mittel von Franken 250'000. Beim Versand und beim Umgang mit eingebrachten Ideen von Partnerorganisationen sind der Gemeinderätin Kuhn ein paar Details aufgefallen:

- Die Vorverkaufsstelle der Oberen Mühle sei am Verkaufen nicht sehr interessiert.
- Tickets für Veranstaltungen könne man an Sonntagen nicht bestellen, auch ein sofortiges Bezahlen (Internet) sei nicht möglich.
- Verantwortliche bei Anfrage für Miete von Räumlichkeiten nicht erreichbar
- Mailings könnten zielgerichteter eingesetzt werden.

Gemeinderätin Kuhn fasst zusammen, dass es in Dübendorf noch weitere subventionierte Institutionen gebe, mit welchen eine Zusammenarbeit möglich wäre. So gebe es zum Beispiel bei der WBK schon seit ein paar Jahren ein ausgereiftes Kurs- und Anlassmanagement-System. Über eine ähnliche IT-Lösung verfüge auch die Stadtbibliothek.

Die WBK habe im März dieses Jahres die Verantwortlichen der Oberen Mühle erneut zu einem Austausch bezüglich der Angriffnahme von gemeinsamen Herausforderungen eingeladen. Leider hätten diese bis heute noch keine Zeit gehabt, bedauert Gemeinderätin Kuhn. Sie persönlich werde den Antrag aus den erwähnten Gründen ablehnen.

Andrea Kennel (SP) stellt fragend in die Runde, wie der Gemeinderat die Obere Mühle dazu bringen könne, die Schulden abzubauen? Mit dem Betriebsbeitrag sei

es ein Anfang, bemerkt Gemeinderätin Kennel. Die Schlussfolgerung der Vorrednerin könne sie deshalb nicht verstehen.

#### Abstimmung

Mit 31 Ja zu 1 Nein wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt.

#### Beschluss

1. Die Umwandlung des jährlich wiederkehrenden Defizitbeitrages von maximal Fr. 250'000.-- in einen jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrag von Fr. 250'000 Franken wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss ist der Gemeinde-Urnenabstimmung zu unterbreiten.
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

#### **6. Erste Fragestunde des Amtsjahres 2006 / 2007**

Es sind zehn Fragen eingereicht worden.

##### Stephan Schneider (CVP) betreffend Überbauung des Gebietes Bahnhof Nord:

Seit der Gutheissung des Gestaltungsplanes Bahnhof-Nord im November 2004 seien fast zwei Jahre verstrichen. Ausser der neuen Bushaltestelle sei noch nichts erkennbar.

Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand betreffend der Planung für das Gebiet Bahnhof Nord?
2. Welche Schritte und Aktivitäten wurden in der Zwischenzeit unternommen?
3. Wie sieht der Fahrplan für die nächsten Schritte aus?

Der Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

zu 1:

Gegen den Gestaltungsplan war rekuriert worden, deshalb die Verzögerung.

zu 2:

Die mit dem Dossier beauftragte Immobilienfirma ist momentan damit beschäftigt, eine Verkaufsdokumentation für das erwähnte Grundstück auszuarbeiten.

zu 3:

Ende dieses Jahres / Anfang nächsten Jahres soll das Grundstück auf dem Markt gebracht werden. Der Stadtrat rechnet damit, im nächsten Jahr dem Gemeinderat einen Antrag für den Verkauf des Grundstücks vorlegen zu können.

Stephan Schneider (CVP) betreffend Jugendgewalt in Dübendorf:

Es sei spürbar, dass die Jugendgewalt auch vor den Toren von Dübendorf keinen Halt mache. Immer mehr nehme die Bevölkerung Attacken unter Jugendlichen wahr. So zum Beispiel erst vor kurzem abends auf dem Schulhaus-Areal Grüze, wo zwei Jugendliche einen anderen massiv mit einer beschädigten Bierflasche attackiert hätten. Nur mit viel Glück habe sich der Jugendliche retten können.

Fragen:

1. Wie schätzt die Stadt die Lage in Dübendorf ein?
2. Warum ist nicht mehr Präsenz von der Polizei spürbar an den neuralgischen Stellen, insbesondere nachts?
3. Welche Massnahmen gegen die Jugendgewalt (vor allem auch bandenmässige Jugendgewalt) ergreift die Stadt?
4. Könnten zum Beispiel in Dübendorf so genannte Jugendpolizisten eingesetzt werden wie im Kanton Solothurn?

Stadträtin und Präsidentin der Primarschulpflege Edith Jöhr antwortet:

zu 1.:

Der Stadtrat hat das Problem der Jugendgewalt in der geschilderten Tiefe noch nie diskutiert. Ein gravierendes Problem sei aber nicht vorhanden.

zu 2: (Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet)

Die Stadtpolizei ist präsent und überprüft die neuralgischen Punkte auch nachts regelmässig.

zu 3:

Die Primarschule sowie die Oberstufe verfügen je über eine Schulsozialarbeit-Stelle zu 100%. Hinzu kommen Pensen für Kinder- und Jugendarbeit von insgesamt 350%. Darin enthalten ist auch eine 60%-Stelle für Streetwork. Letztere Person geht Plätze besuchen, wo Kinder und Jugendliche „herumhängen“. In Einzelgesprächen wird versucht, näher an die Jugendlichen zu treten um dadurch Vertrauen aufzubauen. Jugendliche auf der Strasse wählen ganz bewusst die Strasse als Aufenthaltsort aus.

zu 4:

Die Jugendpolizei ist ein interessanter Anstoss, den es weiterzuverfolgen gilt.

Kurt Berliat (CVP) betreffend Natursteinfassade Stadthaus:

Das Stadthaus wurde 1997 fertig gestellt und bezogen. Als ehemaliges Mitglied der Baukommission „Neubau Stadthaus“ sei ihm bekannt, dass die vorgängige Fassadenverkleidung aus Naturstein periodisch inspiziert werden soll und müsse. Von Fachleuten werde empfohlen, die Tragsicherheit der Aufhängung der Steinplatten periodisch zu untersuchen und zu testen, zum Beispiel alle fünf Jahre.

Fragen:

1. Wann, in welchem Jahr, wurde die Fassade das letzte Mal untersucht und gibt es darüber einen schriftlichen Bericht (Inspektionsbericht)?
2. Wenn ein solcher Bericht vorliegt, von wem ist dieser verfasst, beziehungsweise welche Firma / Ingenieurbüro hat die notwendigen Untersuchungen durchgeführt?
3. In welchem Jahresrhythmus wird die Tragsicherheit der Platten untersucht?

Der Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

zu 1 - 3:

Im Rahmen einer Reparatur auf der Terrasse im Jahr 2003 hat der Stadtpräsident Ziörjen den Leiter der Liegenschaftenverwaltung auf diese Problematik angesprochen. Für 2007 ist im Budget ein entsprechender Betrag enthalten, um eine solche Prüfung vorzunehmen. Aufgrund der Ergebnisse dieser Erstprüfung wird dann der weitere Rhythmus festgelegt. Es ist somit aufgegelist, dass eine regelmässige Kontrolle stattfinden wird.

Fredi Wunderli (SVP) betreffend Abrechnung Umbau und Erweiterung Eishalle Im Chreis:

Der Um- und Erweiterungsbau der Eishalle wurde 2004 abgeschlossen. Die Abrechnung Ende 2004 an die Stadt weitergeleitet.

Fragen:

1. Was für Gründe, oder was für Probleme bestehen, dass die Abrechnung noch nicht zur Abnahme an die GRPK weitergeleitet wurde.
2. Wann kann mit der Abrechnung zu Handen des Gemeinderates gerechnet werden?

Der Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

zu 1 + 2:

Am 4. Januar 2006 wurde die Abrechnung zum letzten Mal geändert. Voraussichtlich am 2. November wird die Abrechnung im Stadtrat behandelt und anschliessend an den Gemeinderat weitergeleitet.

Anton Keller (SVP) betreffend Verkehrsbehinderungen durch Strassenbaustellen:

Kaum jemandem der Anwesenden dürfte das tägliche Verkehrs-Chaos, mindestens zu den Stosszeiten, in den vergangenen zwei Wochen entgangen sein. Hervorgerufen worden sei dieses durch die Sperrung der Usterstrasse sowie durch den gleichzeitigen Beginn des Kreiselbaus im Wil. Gemeinderat Keller hat den Eindruck, dass die Vollsperrung der Usterstrasse von zweieinhalb Wochen übertrieben lang gewesen sei. Nicht zuletzt auch der betroffenen Betriebe entlang der Sperrung wegen, ergänzt Keller. Wie Gemeinderat Keller aus einem Leserbrief im Glattaler erfahren hat, habe das Tiefbauamt die Anwohner bis kurz vor Schluss dahin informiert, dass nur Teilsperrungen der Usterstrasse notwendig seien. Darüber hinaus sei auch auf Anfragen hin keinerlei Hilfe angeboten worden, um den unter massiven Umsatzeinbussen leidenden Betrieben etwas entgegen zu kommen.

Fragen:

1. Wieso wurden die besagten beiden Baustellen nicht zeitlich verschoben in Angriff genommen? Ist hier Koordination ein Fremdwort?
2. Hätten die Bauarbeiten an der Usterstrasse, die offenbar in letzter Minute die ganze Sperrung notwendig machten, nicht effizienter und schneller durchgeführt werden können?
3. Warum glänzte die Stadtpolizei durch Abwesenheit? Hätte diese nicht mindestens zu den Stosszeiten an den neuralgischen Punkten regulierend einwirken müssen?

Der Tiefbau- und Entsorgungsvorstand Rolf Güttinger antwortet:

zu 1:

Stadtrat Rolf Güttinger hat Verständnis für den Ärger. Bei der Baustelle im Wil handelt es sich um ein kantonales, bei der Usterstrasse um ein kommunales Projekt. Wegen des schlechten Wetters im August sind die beiden Baustellen terminlich näher aneinandergerückt als ursprünglich vorgesehen.

zu 2:

Dass die Usterstrasse in letzter Minuten gesperrt wurde, stimmt so nicht. Bei einer lediglichen Teilsperrung hätte die Bauzeit 7 bis 8 Wochen betragen. Wie die Anwohner darüber informiert wurden, muss Stadtrat Güttinger zuerst noch abklären. Eine Antwort wird noch nachgeliefert.

zu 3:

Es hätte nichts gebracht, wenn man die Stadtpolizei auch noch bemüht hätte. Der Verkehr wird primär durch Lichtsignalanlagen reguliert.

Güttinger bemerkt weiter, dass die Bahnhofstrasse täglich rund 12'000 Fahrzeuge mehr als sonst zu verkraften gehabt hätte.

Andrea Kennel (SP) betreffend Kosten der Bürgerrechtsreklame:

Laut Gemeinderätin Kennel scheint es sich „einzubürgern“, dass Bürgerrechtsgesuche mit dem Grund „mangelnde Deutschkenntnisse“ abgelehnt werden. Mehr als nur einmal wurde dann aber ein Rekurs beim Bezirksrat gutgeheissen.

Fragen:

1. Wie viele Bürgerrechtsreklame wurden vom Bezirksrat gutgeheissen (2005 / 2006)?
2. Wie hoch sind die Verfahrenskosten, die der Stadt dadurch entstanden sind?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen kann diese Fragen nicht sofort beantworten, wird die Antworten aber zu einem späteren Zeitpunkt noch nachreichen.

Pia Etter (SP) betreffend Fussgängerstreifen bei Bushaltestelle Eglisölzli:

Gemeinderätin Etter äussert sich mit Genugtuung darüber, dass auf der ganzen Wangenstrasse nun die Höchstgeschwindigkeit Tempo 50 gelte. Bei der Bushaltestelle Eglisölzli komme es jedoch immer wieder zu „brenzligen“ Situationen.

Frage:

1. Ist der Stadtrat bereit und willens sich für einen Fussgängerstreifen einzusetzen, obwohl es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Nach dem Wissensstand von Gemeinderätin Etter erhält eine Gemeinde einen solchen wenn sie es ausdrücklich wünscht.

Der Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Der Stadtrat nimmt das Anliegen gerne entgegen. Falls ein Fussgängerstreifen nötig ist, wird ein entsprechender Antrag an den Kanton gestellt.

Jürg Gasser (SP) betreffend Gestankemissionen der Givaudan:

Oft sei in diesem heissen Sommer, wenn man um Mitternacht ein wenig frische Luft ins Schlafgemach hereinlassen wollte, ein derartiger Gestank zu verzeichnen gewesen, der einem diese Lust nach Frischluft verleidet habe. Gegen Übelkeit

ankämpfend – so erläutert Gemeinderat Gasser – habe er dann das Fenster resigniert geschlossen.

Fragen:

1. Kann man in solchen Fällen, ähnlich wie bei Lärmbelästigungen durch laute Musik von Nachbarn, auch die Polizei rufen, um die Gestankbelästigung abstellen zu lassen?
2. Gibt es konkrete Massnahmen gegen die Gestankemissionen der besagten Firma, die langfristig auch bei heissem Wetter Wirkung zeigen?

Der Hochbauvorstand Hans Zeier antwortet:

zu 1:

Zur Situation im Sommer kann Stadtrat Zeier nichts sagen. Selbstverständlich kann man die Polizei rufen, noch besser wäre aber in solchen Fällen ein Telefonat an den Nachtpotier der erwähnten Firma.

zu 2:

Der Stadtrat hat sich lange damit beschäftigt. Ferner hat der Stadtrat davon Kenntnis, dass die erwähnte Firma viel in die Filteranlagen investiert.

Hans Baumann (SP / JUSO) betreffend Krankenheim Rotacher:

Seit der Antwort auf die schriftliche Anfrage vom 20. Mai 2006 habe sich die Situation im Heim Rotacher kaum gebessert, findet Gemeinderat Baumann. Die unkritische Antwort des Stadtrates widerlege dies teilweise.

Fragen:

1. Kennt der zuständige Stadtrat Kurt Spillmann die aktuelle Situation im Heim, insbesondere die Tatsache, dass zwei Führungspersonen im Sommer bereits in der Probezeit wieder gegangen sind?
2. Ist der zuständige Stadtrat bereit, im Verwaltungsrat des Heims zu intervenieren, damit die desolate Führungssituation im Heim endlich verbessert wird?
3. Rechnet der Stadtrat immer noch nicht mit Budgetüberschreitungen im Heim?

Der zuständige Sozialvorstand Kurt Spillmann informiert:

zu 1:

Kurt Spillmann bestätigt, dass ihm die Situation im Heim bekannt sei.

zu 2:

Der neue Verwaltungsrat steht geschlossen hinter der operativen Führung. Die Situation wird vom Verwaltungsrat weiterhin im Auge behalten.

zu 3:

Die Rechnung 2006 ist auf Kurs. Momentan liegt die Belegung des Heims bei 99%, was zu einer Punktelandung führen dürfte.

Hans Baumann (SP / JUSO) betreffend Unterstützung für Berggemeinden:

Kantone, welche unlauteren Steuerwettbewerb betreiben, sollten nicht von Entwicklungsprojekten profitieren, findet Gemeinderat Baumann und verweist auf entsprechende Beschlüsse der Städte Zürich und Winterthur.

Fragen:

1. Gibt es von Dübendorf aus Unterstützungsprojekte in Obwalden oder Appenzell AR, zum Beispiel innerhalb der „Hilfsaktion der Gemeinden des Bezirks Uster“?
2. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass solche Hilfe grundsätzlich nicht an Kantone beziehungsweise Gemeinden in Kantonen gehen sollten, die mittels degressiver Steuern oder überdurchschnittlicher Senkung von Steuersätzen eine „Dumping-Politik“ betreiben?

Der Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

zu 1:

Es wurden keine Unterstützungsbeiträge geleistet.

zu 2:

Der Stadtrat hat sich dazu noch keine Meinung bilden können. Eine entsprechende Antwort wird nachgereicht.

---

20.30 Uhr: 5 Minuten Pause

---

## **7. 20 Einbürgerungsgesuche**

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Sie gibt zu den einzelnen Gesuchen ihre Empfehlungen ab.

Der Gemeinderat, fasst,

gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12, der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

### **Beschlüsse:**

#### **Geschäft Nr. 238 / 2006**

Caroppo Pantaleão Nadjara geb. Rodrigues Pantaleão, brasilianische Staatsangehörige, wohnhaft Höglstrasse 8, Dübendorf

Referentin BRK: Valeria Rampone

Einbürgerungsgebühr: Fr 1'450.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 4 zu 1

*Begründung:* *Die Minderheit bemängelt die Deutschkenntnisse*

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 24 Ja zu 7 Nein

#### **Geschäft Nr. 266 / 2006**

Guri Lumturije geb. Salihi, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige und ihr Ehemann Guri Ilir, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger sowie die Kinder Teuta, Gentian und Nita, wohnhaft Wangenstrasse 14, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'900.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 4 zu 0.

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 25 Ja zu 6 Nein.

Geschäft Nr. 267 / 2006

Ilgüplü Devrim, türkischer Staatsangehöriger und die Kinder Yagmur und Toprak, wohnhaft Neuweg 30, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--  
Antrag BRK: Zustimmung mit 4 zu 0.  
Diskussion: keine  
Abstimmungsergebnis: 23 Ja zu 7 Nein.

Geschäft Nr. 268 / 2006

Kastrati Ilir, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Heugatterstrasse 28, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--  
Antrag BRK: Zustimmung mit 4 zu 0.  
Diskussion: keine  
Abstimmungsergebnis: 23 Ja zu 6 Nein.

Geschäft Nr. 269 / 2006

Maetze Kewipha geb. Meemanet, thailändische Staatsangehörige, wohnhaft Riedweg 11, Dübendorf

Referentin BRK: Valeria Rampone

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 3 zu 1.

*Die BRK - Minderheit ist der Meinung, dass die Deutschkenntnisse ungenügend sind.*

Diskussion: keine Bemerkungen

Abstimmungsergebnis: 22 Ja zu 7 Nein.

Geschäft Nr. 270 / 2006

Morina Fatmir, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger und seine Ehefrau Morina Xhevahire geb. Bujaku serbisch-montenegrinische Staatsangehörige sowie die Kinder Enis und Edin, wohnhaft Wangenstrasse 4, Dübendorf

Referentin BRK: Valeria Rampone

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'900.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 2 zu 2.  
(Vorsitzende für Zustimmung)

*Die Ablehnenden befinden, dass die Deutschkenntnisse der Gesuchsteller ungenügend sind. Die Befürwortenden befinden die Deutschkenntnisse als knapp genügend.*

Diskussion: keine Bemerkungen

Abstimmungsergebnis: 17 Ja zu 14 Nein.

Geschäft Nr. 271 / 2006

Phasuk Sriprai, thailändischer Staatsangehöriger und die Kinder Chanchai und Nuthchunya, wohnhaft In Huebwiesen 12, Dübendorf

Referentin BRK: Valeria Rampone

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--

Antrag BRK: Rückweisung mit 4 zu 0.

*Die Deutschkenntnisse des Gesuchstellers sind nicht genügend. Die BRK will ihm Zeit geben, sein Deutsch zu verbessern.*

Diskussion: keine Diskussion

Abstimmungsergebnis: 27 Ja zu 0 Nein.

Das Geschäft 271 / 2006 ist somit an den Stadtrat zurück gewiesen.

Geschäft Nr. 272 / 2006

Radojkovic Radica geb. Blagojevic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige und ihr Ehemann Radojkovic Boban, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger sowie die Kinder Petar und Dajana, wohnhaft Im Zwinggarten 25, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'900.--

Antrag BRK: Zustimmung 4 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 22 Ja zu 7 Nein.

Geschäft Nr. 273 / 2006

Semi Fecir geb. Avci, türkische Staatsangehörige, wohnhaft In Huebwiesen 10, Dübendorf

Referentin BRK: Valeria Rampone

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--

Antrag BRK: Rückweisung mit 4 zu 0.

*Die Deutschkenntnisse der Gesuchstellerin sind nicht genügend. Die BRK will ihr Zeit geben, ihr Deutsch zu verbessern.*

Diskussion: keine Diskussion

Abstimmungsergebnis: 27 Ja zu 0 Nein

Das Geschäft 273 / 2006 ist somit an den Stadtrat zurück gewiesen.

Geschäft Nr. 274 / 2006

Yogeswaran Nishantan, srilankischer Staatsangehöriger, wohnhaft Oskar-Bider-Strasse 8, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 725.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 4 zu 0.

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 25 Ja zu 5 Nein.

Geschäft Nr. 5 / 2006

Elomari Ahmed, marokkanischer Staatsangehöriger, wohnhaft Bühlwiesenstrasse 7, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 3 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 24 Ja zu 4 Nein.

Geschäft Nr. 6 / 2006

Grozdanov Atanas, mazedonischer Staatsangehöriger und seine Ehefrau Grozdanova Ilinka geb. Ivanov, mazedonische Staatsangehörige wohnhaft Säntisstrasse 2, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'900.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 3 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 25 Ja zu 6 Nein.

Geschäft Nr. 7 / 2006

Kentischer Tatjana, deutsche Staatsangehörige sowie das Kind Dario Renato, wohnhaft Überlandstrasse 221, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 4 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 32 Ja zu 0 Nein.

Geschäft Nr. 8 / 2006

Simanovic Cvetko, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Überlandstrasse 221, Dübendorf

Referentin BRK: Barbara Schori

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--

Antrag BRK: Ablehnung mit 3 zu 1

*Begründung:*   
*Die BRK-Mehrheit ist der Meinung, dass der Antragsteller sich in der Schweiz nicht integriert. Er tendiert auf den Schweizer Pass nur wegen den stabilen Verhältnissen und den erleichterten Reisebedingungen. Zudem bemängelt die BRK-Mehrheit, dass seine Deutschkenntnisse nach 25 Jahren nicht ausreichend sind.*

*Für die BRK-Minderheit sind die Deutschkenntnisse genügend, das heisst der Bewerber kann sich verständigen. Auch befindet die BRK-Minderheit, dass der Gesuchsteller sich integriert hat.*

Diskussion: Folgende Punkte werden erörtert:

- will CH-Pass wegen Reiseerleichterungen
- mangelnde Geografie- und Deutschkenntnisse
- schwierig Deutsch zu lernen, da im Baugewerbe tätig
- Weiterbildung im Baugewerbe absolviert, müsste eine der drei Landessprachen beherrschen

Es wird kein formell anders lautender Antrag gestellt.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja zu 14 Nein.

Das Gesuch Nr. 8 / 2006 ist somit abgelehnt.

Als Ablehnungsgründe werden aufgeführt:

1. Die Deutschkenntnisse des Gesuchstellers sind mangelhaft.
2. Der Gesuchsteller ist nicht genügend in der Schweiz integriert.

Es werden keine weiteren Gründe genannt.

Abstimmung Ablehnungsgründe: 20 Ja zu 0 Nein.

(Beschluss siehe Protokollanhang)

#### Geschäft Nr. 10 / 2006

Thaqi Benije, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige und ihr Ehemann Thaqi Ahmet, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger sowie das Kinde Drilon, wohnhaft Zwinggartenstrasse 49, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'900.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 4 zu 0

*Bemerkung:* Beantragen NICHT das Doppelbürgerrecht

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 24 Ja zu 5 Nein.

#### Geschäft Nr. 11 / 2006

Yogarajah Sivaneswary geb. Sivagnanasuntharam, srilankische Staatsangehörige sowie die Kinder Janany und Yalini, wohnhaft Kriesbachstrasse 11, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 3 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 23 Ja zu 7 Nein.

Geschäft Nr. 18 / 2006

Maliqi Skender, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger sowie die Kinder Taulant und Edmond, wohnhaft Wangenstrasse 8, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 3 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 24 Ja zu 4 Nein.

Geschäft Nr. 19 / 2006

Ramos Vera Marcos Augusto, ecuadorianischer Staatsangehöriger, wohnhaft Clarendonstrasse 25, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--

Antrag BRK: Zustimmung 3 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 25 Ja zu 3 Nein.

Geschäft Nr. 20 / 2006

Shala Arditia, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Leepüntrasse 9, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 725.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 3 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 25 Ja zu 3 Nein.

Geschäft Nr. 21 / 2006

Zivanovic'Borka, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Zürichstrasse 23, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.--

Antrag BRK: Zustimmung mit 4 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 25 Ja zu 4 Nein.

**8. Einwändungen**

Bürgerrechtsgesuche: Theo Johner (DP) beanstandet, dass die Ablehnungsgründe der Bürgerrechtskommission nicht dargelegt werden. Das Büro wird die Angelegenheit klären.

---

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

---

Für die Richtigkeit des Protokolls:

T. Spitale

Geprüft und genehmigt:

Dübendorf, 6. Oktober 2006

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Der Präsident:

Andreas Sturzenegger

Die Stimmenzähler:

Matthias Maag

Patrick Angele

Patrick Walder